

Unterrichtung

durch das Europäische Parlament

Entschlieung zum Export giftiger Abfälle in die Dritte Welt

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT —

- A. in Kenntnis der vom Europäischen Umweltbund verbreiteten Dokumente, aus denen hervorgeht, daß europäische und amerikanische Unternehmen mit den Behörden Guinea-Bissaus vertraglich vereinbart haben, über einen Zeitraum von wenigstens fünf Jahren drei Millionen Tonnen gefährlicher Industrieabfälle in dieses Land pro Jahr zwecks Beseitigung zu verbringen,
 - B. in der Erwägung, daß der Republik Guinea-Bissau als Gegenleistung für die Abnahme dieser Abfälle ein Betrag von ungefähr 120 Millionen Dollar pro Jahr angeboten wurde, d. h. ein Betrag, der das jährliche BSP dieses Landes übersteigt,
 - C. in der Erwägung, daß zu den Gefahren giftiger Abfälle noch die mit Transporten über große Entfernungen verbundenen Risiken hinzukommen,
 - D. in der Erwägung, daß das feuchte Klima und der sumpfige Boden Guinea-Bissaus von vornherein für eine groß angelegte Lagerung gefährlicher Abfälle ungeeignet sind, und dies zudem noch in einer Region, wo die Europäische Gemeinschaft derzeit ein Projekt für ländliche Entwicklung finanziert,
 - E. unter Hinweis auf die Irrfahrt der 2 000 Fässer mit gefährlichen Abfllen aus Italien, die nacheinander nach Dschibouti, Venezuela, Syrien, Griechenland ... transportiert wurden und sich gegenwärtig auf dem Frachter „Zanoobia“ auf der Höhe Carraras befinden,
 - F. in der Erwägung, daß es von seiten der Industrieländer unverantwortlich ist, ihre Abfälle in den rmsten Ländern abzuladen —
1. verurteilt jeglichen größeren Export gefährlicher Abfälle in Entwicklungsländer und fordert die Annullierung der laufenden Verträge, insbesondere in bezug auf Guinea-Bissau;

2. beauftragt seinen zuständigen Ausschuß, einen Bericht über die von bestimmten Unternehmen der Industrieländer durchgeführten oder derzeit vorgesehenen Abfallexporte in die Dritte Welt auszuarbeiten;
3. fordert die Kommission auf, alle brauchbaren Informationen über die europäischen Abfallexporte in die Dritte Welt und insbesondere nach Guinea-Bissau zu sammeln;
4. fordert die Kommission auf, bei den amerikanischen Behörden vorstellig zu werden, damit diese jeglichen Abfallexport in Gebiete wie das Gebiet von Farim in Guinea-Bissau, wo die EWG Projekte für ländliche Entwicklung finanziert, ablehnen;
5. fordert die Kommission auf, eine Verschärfung der in Kraft befindlichen „Abfall“-Richtlinien in der Form vorzuschlagen, daß tatsächlich keine Ausfuhren in ungeeignete Anlagen stattfinden;
6. fordert, daß das Problem der Abfallexporte der Europäischen Gemeinschaft in Drittländer in Absprache mit letzteren, insbesondere im Rahmen des Lomé-Abkommens, geregelt wird;
7. fordert ferner nachrücklich, daß sich die EWG aktiv an den Verhandlungen einer internationalen Konvention der Vereinten Nationen über Abfalltransporte beteiligt;
8. beauftragt seinen Präsidenten, diese EntschlieÙung der Kommission, dem Rat, der Organisation der Vereinten Nationen, der Regierung von Guinea-Bissau, den Parlamenten der Mitgliedstaaten und den Ko-Präsidenten der Paritätischen Versammlung AKP/EWG zu übermitteln.